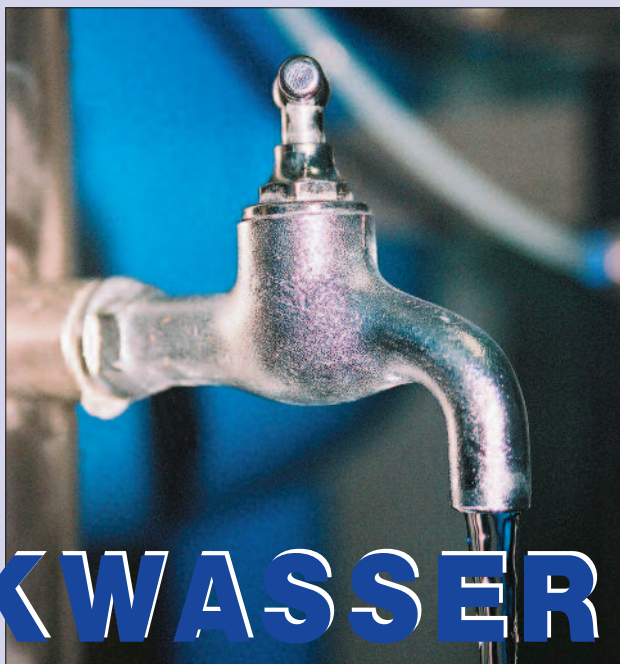


Zweckverband
Wasser und Abwasser
Vogtland



Ausgabe **JANUAR** 2019

- AVBWasserV
- RUMPFSATZUNG
- ERGÄNZENDE BEDINGUNGEN
- PREISLISTE



TRINKWASSER

E-Mail: post@zwav.de

08523 Plauen/V. · Hammerstr. 28 · Tel. 03741 402-0 · www.zwav.de

INHALTSVERZEICHNIS

VERORDNUNG

über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung
mit Wasser (AVBWasserV)
vom 20.06.1980

Seite

1 - 16

RUMPFSATZUNG

des ZWAV
über den Anschluss
an die öffentliche Wasserversorgung
und deren Benutzung
(Rumpfsatzung - RfS)
vom 29.11.2004

17 - 20

ERGÄNZENDE BEDINGUNGEN

des ZWAV
zur „Verordnung über allgemeine Bedingungen
für die Versorgung mit Wasser“ (AVBWasserV)
vom 20.06.1980
(Ergänzende Bedingungen - ErgB)
vom 29.11.2004

21 - 28

PREISLISTE

des ZWAV
für die Wasserversorgung
vom 01.01.2010

29 - 35

SO ERREICHEN SIE UNS

36

Zweckverband
Wasser und Abwasser
Vogtland



VERORDNUNG

über Allgemeine Bedingungen
für die Versorgung mit Wasser
(AVBWasserV)

Stand:
01.01.2019

Aufgrund des § 27 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen vom 9. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3317) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1 Gegenstand der Verordnung

(1) Soweit Wasserversorgungsunternehmen für den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und für die öffentliche Versorgung mit Wasser Vertragsmuster oder Vertragsbedingungen verwenden, die für eine Vielzahl von Verträgen vorformuliert sind (allgemeine Versorgungsbedingungen), gelten die §§ 2 bis 34. Diese sind, soweit Absatz 3 und § 35 nichts anderes vorsehen, Bestandteil des Versorgungsvertrages.

(2) Die Verordnung gilt nicht für den Anschluss und für die Versorgung von Industrieunternehmen und Weiterverteilern sowie für die Vorhaltung von Löschwasser.

(3) Der Vertrag kann auch zu allgemeinen Versorgungsbedingungen abgeschlossen werden, die von den §§ 2 bis 34 abweichen, wenn das Wasserversorgungsunternehmen einen Vertragsabschluss zu den allgemeinen Bedingungen dieser Verordnung angeboten hat und der Kunde mit den Abweichungen ausdrücklich einverstanden ist. Auf die abweichenden Bedingungen sind die §§ 305 bis 310 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuwenden.

(4) Das Wasserversorgungsunternehmen hat seine allgemeinen Versorgungsbedingungen, soweit sie in dieser Verordnung nicht abschließend geregelt sind oder nach Absatz 3 von den §§ 2 bis 34 abweichen, einschließlich der dazugehörigen Preisregelungen und Preislisten in geeigneter Weise öffentlich bekanntzugeben.

§ 2 Vertragsabschluss

(1) Der Vertrag soll schriftlich abgeschlossen werden. Ist er auf andere Weise zustande gekommen, so hat das Wasserversorgungsunternehmen den Vertragsabschluss dem Kunden unverzüglich schriftlich zu bestätigen. Wird die Bestätigung mit automatischen Einrichtungen ausgefertigt, bedarf es keiner Unterschrift. Im Vertrag oder in der Vertragsbestätigung ist auf die allgemeinen Versorgungsbedingungen hinzuweisen.

(2) Kommt der Vertrag dadurch zustande, dass Wasser aus dem Verteilungsnetz des Wasserversorgungsunternehmens entnommen wird, so ist der Kunde verpflichtet, dies dem Unternehmen unverzüglich mitzuteilen. Die Versorgung erfolgt zu den für gleichartige Versorgungsverhältnisse geltenden Preisen.

(3) Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, jedem Neukunden bei Vertragsabschluss sowie den übrigen Kunden auf Verlangen die dem Vertrag zugrunde liegenden allgemeinen Versorgungsbedingungen einschließlich der dazugehörenden Preisregelungen und Preislisten unentgeltlich auszuhändigen.

§ 3 Bedarfsdeckung

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen hat dem Kunden im Rahmen des wirtschaftlich Zumutbaren die Möglichkeit einzuräumen, den Bezug auf den von ihm gewünschten Verbrauchszweck oder auf einen Teilbedarf zu beschränken. Der Kunde ist verpflichtet, seinen Wasserbedarf im vereinbarten Umfang aus dem Verteilungsnetz des Wasserversorgungsunternehmens zu decken.

(2) Vor der Errichtung einer Eigengewinnungsanlage hat der Kunde dem Wasserversorgungsunternehmen Mitteilung zu machen. Der Kunde hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass von seiner Eigenanlage keine Rückwirkungen in das öffentliche Wasserversorgungsnetz möglich sind.

§ 4 Art der Versorgung

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen stellt zu den jeweiligen allgemeinen Versorgungsbedingungen einschließlich der dazugehörenden Preise Wasser zur Verfügung.

(2) Änderungen der allgemeinen Versorgungsbedingungen werden erst nach öffentlicher Bekanntgabe wirksam. Dies gilt auch für die dazugehörenden Preise, sofern sie nicht dem Kunden im Einzelfall mitgeteilt werden.

(3) Das Wasser muss den jeweils geltenden Rechtsvorschriften und den anerkannten Regeln der Technik für die vereinbarte Bedarfsart (Trink- oder Betriebswasser) entsprechen. Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, das Wasser unter dem Druck zu liefern, der für eine einwandfreie Deckung des üblichen Bedarfs in dem betreffenden Versorgungsgebiet erforderlich ist. Das Unternehmen ist berechtigt, die Beschaffenheit und den Druck des Wassers im Rahmen der gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen sowie der anerkannten Regeln der Technik zu ändern, falls dies in besonderen Fällen aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen zwingend notwendig ist; dabei sind die Belange des Kunden möglichst zu berücksichtigen.

(4) Stellt der Kunde Anforderungen an Beschaffenheit und Druck des Wassers, die über die vorgenannten Verpflichtungen hinausgehen, so obliegt es ihm selbst, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

§ 5 Umfang der Versorgung, Benachrichtigung bei Versorgungsunterbrechungen

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, Wasser im vereinbarten Umfang jederzeit am Ende der Anschlussleitung zur Verfügung zu stellen. Dies gilt nicht

1. soweit zeitliche Beschränkungen zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung erforderlich oder sonst vertraglich vorbehalten sind,
2. soweit und solange das Unternehmen an der Versorgung durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert ist.

(2) Die Versorgung kann unterbrochen werden, soweit dies zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten erforderlich ist. Das Wasserversorgungsunternehmen hat jede Unterbrechung oder Unregelmäßigkeit unverzüglich zu beheben.

(3) Das Wasserversorgungsunternehmen hat die Kunden bei einer nicht nur für kurze Dauer beabsichtigten Unterbrechung der Versorgung rechtzeitig in geeigneter Weise zu unterrichten. Die Pflicht zur Benachrichtigung entfällt, wenn die Unterrichtung

1. nach den Umständen nicht rechtzeitig möglich ist und das Unternehmen dies nicht zu vertreten hat oder
2. die Beseitigung von bereits eingetretenen Unterbrechungen verzögern würde.

§ 6 Haftung bei Versorgungsstörungen

(1) Für Schäden, die ein Kunde durch Unterbrechung der Wasserversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Belieferung erleidet, haftet das ihn beliefernde Wasserversorgungsunternehmen aus Vertrag oder unerlaubter Handlung im Falle

1. der Tötung oder Verletzung des Körpers oder der Gesundheit des Kunden, es sei denn, dass der Schaden von dem Unternehmen oder einem Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen weder vorsätzlich noch fahrlässig verursacht worden ist,
2. der Beschädigung einer Sache, es sei denn, dass der Schaden weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit des Unternehmens oder eines Erfüllungs- oder Vertretungsgehilfen verursacht worden ist,
3. eines Vermögensschadens, es sei denn, dass dieser weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit des Inhabers des Unternehmens oder eines vertretungsberechtigten Organs oder Gesellschafters verursacht worden ist.

§ 831 Abs. 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist nur bei vorsätzlichem Handeln von Verrichtungsgehilfen anzuwenden.

(2) Absatz 1 ist auch auf Ansprüche von Kunden anzuwenden, die diese gegen ein drittes Wasserversorgungsunternehmen aus unerlaubter Handlung geltend machen. Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, seinen Kunden auf Verlangen über die mit der Schadensverursachung durch ein drittes Unternehmen zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können und ihre Kenntnis zur Geltendmachung des Schadenersatzes erforderlich ist.

(3) Die Ersatzpflicht entfällt für Schäden unter 15 Euro.

(4) Ist der Kunde berechtigt, das gelieferte Wasser an einen Dritten weiterzuleiten, und erleidet dieser durch Unterbrechung der Wasserversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Belieferung einen Schaden, so haftet das Wasserversorgungsunternehmen dem Dritten gegenüber in demselben Umfange wie dem Kunden aus dem Versorgungsvertrag.

(5) Leitet der Kunde das Wasser an einen Dritten weiter, so hat er im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten sicherzustellen, dass dieser aus unerlaubter Handlung keine weitergehenden Schadensersatzansprüche erheben kann, als sie in den Absätzen 1 bis 3 vorgesehen sind. Das Wasserversorgungsunternehmen hat den Kunden hierauf bei Abschluss des Vertrages besonders hinzuweisen.

(6) Der Kunde hat den Schaden unverzüglich dem ihn beliefernden Wasserversorgungsunternehmen oder, wenn dieses feststeht, dem ersatzpflichtigen dritten Unternehmen mitzuteilen. Leitet der Kunde das gelieferte Wasser an einen Dritten weiter, so hat er diese Verpflichtung auch dem Dritten aufzuerlegen.

§ 7

(weggefallen)

§ 8 Grundstücksbenutzung

(1) Kunden und Anschlussnehmer, die Grundstückseigentümer sind, haben für Zwecke der örtlichen Versorgung das Anbringen und Verlegen von Leitungen einschließlich Zubehör zur Zu- und Fortleitung von Wasser über ihre im gleichen Versorgungsgebiet liegenden Grundstücke sowie erforderliche Schutzmaßnahmen unentgeltlich zuzulassen. Diese Pflicht betrifft nur Grundstücke, die an die Wasserversorgung angeschlossen sind, die vom Eigentümer in wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Wasserversorgung genutzt werden oder für die die Möglichkeit der Wasserversorgung sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist. Sie entfällt, wenn die Inanspruchnahme der Grundstücke den Eigentümer mehr als notwendig oder in unzumutbarer Weise belasten würde.

(2) Der Kunde oder Anschlussnehmer ist rechtzeitig über Art und Umfang der beabsichtigten Inanspruchnahme des Grundstücks zu benachrichtigen.

(3) Der Grundstückseigentümer kann die Verlegung der Einrichtungen verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind. Die Kosten der Verlegung hat das Wasserversorgungsunternehmen zu tragen; dies gilt nicht, soweit die Einrichtungen ausschließlich der Versorgung des Grundstücks dienen.

(4) Wird der Wasserbezug eingestellt, so hat der Grundstückseigentümer die Entfernung der Einrichtungen zu gestatten oder sie auf Verlangen des Unternehmens noch fünf Jahre unentgeltlich zu dulden, es sei denn, dass ihm dies nicht zugemutet werden kann.

(5) Kunden und Anschlussnehmer, die nicht Grundstückseigentümer sind, haben auf Verlangen des Wasserversorgungsunternehmens die schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Benutzung des zu versorgenden Grundstücks im Sinne der Absätze 1 und 4 beizubringen.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten nicht für öffentliche Verkehrswege und Verkehrsflächen sowie für Grundstücke, die durch Planfeststellung für den Bau von öffentlichen Verkehrswegen und Verkehrsflächen bestimmt sind.

§ 9 Baukostenzuschüsse

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, von den Anschlussnehmern einen angemessenen Baukostenzuschuss zur teilweisen Abdeckung der bei wirtschaftlicher Betriebsführung notwendigen Kosten für die Erstellung oder Verstärkung von der örtlichen Versorgung dienenden Verteilungsanlagen zu verlangen, soweit sie sich ausschließlich dem Versorgungsbereich zuordnen lassen, in dem der Anschluss erfolgt. Baukostenzuschüsse dürfen 70 von Hundert dieser Kosten abdecken.

(2) Der von den Anschlussnehmern als Baukostenzuschuss zu übernehmende Kostenanteil kann unter Zugrundelegung der Straßenfrontlänge des anzuschließenden Grundstücks und des Preises für einen Meter Versorgungsleitung bemessen werden. Der Preis für einen Meter Versorgungsleitung ergibt sich aus den Anschaffungs- und Herstellungskosten der in Absatz 1 genannten Verteilungsanlagen, geteilt durch die Summe der Straßenfrontlängen, aller Grundstücke, die im betreffenden Versorgungsbereich an die Verteilungsanlagen, angeschlossen werden können. Das Wasserversorgungsunternehmen kann der Berechnung eine die Verhältnisse des Versorgungsbereichs berücksichtigende Mindeststraßenfrontlänge von bis zu 15 Metern zugrunde legen.

(3) Das Wasserversorgungsunternehmen kann bei der Bemessung des Baukostenzuschusses anstelle oder neben der Straßenfrontlänge andere kostenorientierte Bemessungseinheiten, wie die Grundstücksgröße, die Geschossfläche oder die Zahl der Wohnungseinheiten oder gleichartiger Wirtschaftseinheiten verwenden. In diesem Falle ist bei der Berechnung des Baukostenzuschusses die Summe der Bemessungseinheiten der Grundstücke zu berücksichtigen, die im betreffenden Versorgungsbereich angeschlossen werden können.

(4) Ein weiterer Baukostenzuschuss darf nur verlangt werden, wenn der Anschlussnehmer seine Leistungsanforderung wesentlich erhöht. Er ist nach den Absätzen 2 und 3 zu bemessen.

(5) Wird ein Anschluss an eine Verteilungsanlage hergestellt, die vor dem 1. Januar 1981 errichtet worden oder mit deren Errichtung begonnen worden ist, so kann das Wasserversorgungsunternehmen abweichend von den Absätzen 1 bis 3 einen Baukostenzuschuss nach Maßgabe der für die Anlage bisher verwendeten Berechnungsmaßstäbe verlangen.

(6) Der Baukostenzuschuss und die in § 10 Abs. 5 geregelten Hausanschlusskosten sind getrennt zu errechnen und dem Anschlussnehmer aufgliedert auszuweisen.

§ 10 Hausanschluss

(1) Der Hausanschluss besteht aus der Verbindung des Verteilungsnetzes mit der Kundenanlage. Er beginnt an der Abzweigstelle des Verteilungsnetzes und endet mit der Hauptabsperrvorrichtung.

(2) Art, Zahl und Lage der Hausanschlüsse sowie deren Änderung werden nach Anhörung des Anschlussnehmers und unter Wahrung seiner berechtigten Interessen von dem Wasserversorgungsunternehmen bestimmt.

(3) Hausanschlüsse gehören zu den Betriebsanlagen des Wasserversorgungsunternehmens und stehen vorbehaltlich abweichender Vereinbarung in dessen Eigentum. In dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet bleibt das am Tag des Wirksamwerdens des Beitritts bestehende Eigentum eines Kunden an einem Hausanschluss, den er auf eigene Kosten errichtet oder erweitert hat, bestehen, solange er das Eigentum nicht auf das Wasserversorgungsunternehmen überträgt. Hausanschlüsse werden ausschließlich von dem Wasserversorgungsunternehmen hergestellt, unterhalten, erneuert, geändert, abgetrennt und beseitigt, müssen zugänglich und vor Beschädigungen geschützt sein. Soweit das Versorgungsunternehmen die Erstellung des Hausanschlusses oder Veränderungen des Hausanschlusses nicht selbst, sondern durch Nachunternehmer durchführen lässt, sind Wünsche des Anschlussnehmers bei der Auswahl der Nachunternehmer zu berücksichtigen. Der Anschlussnehmer hat die baulichen Voraussetzungen für die sichere Errichtung des Hausanschlusses zu schaffen. Es darf keine Einwirkungen auf den Hausanschluss vornehmen oder vornehmen lassen.

(4) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, vom Anschlussnehmer die Erstattung der bei wirtschaftlicher Betriebsführung notwendigen Kosten für

1. die Erstellung des Hausanschlusses,
2. die Veränderungen des Hausanschlusses, die durch Änderungen oder Erweiterung seiner Anlage erforderlich oder aus anderen Gründen von ihm veranlasst werden,

zu verlangen. Die Kosten können pauschal berechnet werden.

(5) Kommen innerhalb von fünf Jahren nach Herstellung des Hausanschlusses weitere Anschlüsse hinzu und wird der Hausanschluss dadurch teilweise zum Bestandteil des Verteilungsnetzes, so hat das Wasserversorgungsunternehmen die Kosten neu aufzuteilen und dem Anschlussnehmer den etwa gezahlten Betrag zu erstatten.

(6) Soweit hinsichtlich des Eigentums am Hausanschluss und der daraus folgenden Pflichten zur Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Änderung, Abtrennung und Beseitigung bestehende allgemeine Versorgungsbedingungen von Absatz 3 abweichen, können diese Regelungen auch nach Inkrafttreten dieser Verordnung beibehalten werden.

(7) Jede Beschädigung des Hausanschlusses, insbesondere das Undichtwerden von Leitungen sowie sonstige Störungen sind dem Wasserversorgungsunternehmen unverzüglich mitzuteilen.

(8) Kunden und Anschlussnehmer, die nicht Grundstückseigentümer sind, haben auf Verlangen des Wasserversorgungsunternehmens die schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Herstellung des Hausanschlusses unter Anerkennung der damit verbundenen Verpflichtungen beizubringen.

§ 11 Messeinrichtungen an der Grundstücksgrenze

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen kann verlangen, dass der Anschlussnehmer auf eigene Kosten nach seiner Wahl an der Grundstücksgrenze einen geeigneten Wasserzählerschacht oder Wasserzählerschrank anbringt, wenn

1. das Grundstück unbebaut ist oder
2. die Versorgung des Gebäudes mit Anschlussleitungen erfolgt, die unverhältnismäßig lang sind oder nur unter besonderen Erschwernissen verlegt werden können, oder
3. kein Raum zur frostsicheren Unterbringung des Wasserzählers vorhanden ist.

(2) Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, die Einrichtungen in ordnungsgemäßem Zustand und jederzeit zugänglich zu halten.

(3) Der Anschlussnehmer kann die Verlegung der Einrichtungen auf seine Kosten verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind und die Verlegung ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist.

(4) § 10 Abs. 8 gilt entsprechend.

§ 12 Kundenanlage

(1) Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Unterhaltung der Anlage hinter dem Hausanschluss, mit Ausnahme der Messeinrichtungen des Wasserversorgungsunternehmens ist der Anschlussnehmer verantwortlich. Hat er die Anlage oder Anlagenteile einem Dritten vermietet oder sonst zur Benutzung überlassen, so ist er neben diesem verantwortlich.

(2) Die Anlage darf nur unter Beachtung der Vorschriften dieser Verordnung und anderer gesetzlicher oder behördlicher Bestimmungen sowie nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, erweitert, geändert und unterhalten werden. Die Errichtung der Anlage und wesentliche Veränderungen dürfen nur durch das Wasserversorgungsunternehmen oder ein in ein Installateurverzeichnis eines Wasserversorgungsunternehmens eingetragenes Installationsunternehmen erfolgen. Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, die Ausführung der Arbeiten zu überwachen.

(3) Anlagenteile, die sich vor den Messeinrichtungen befinden, können plombiert werden. Ebenso können Anlagenteile, die zur Kundenanlage gehören, unter Plombenverschluss genommen werden, um eine einwandfreie Messung zu gewährleisten. Die dafür erforderliche Ausstattung der Anlage ist nach den Angaben des Wasserversorgungsunternehmens zu veranlassen.

(4) Die Teile des Hausanschlusses, die in Anwendung von § 10 Abs. 6 im Eigentum des Kunden stehen und zu deren Unterhaltung er verpflichtet ist, sind Bestandteile der Kundenanlage.

§ 13 Inbetriebsetzung der Kundenanlage

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen oder dessen Beauftragte schließen die Kundenanlage an das Verteilungsnetz an und setzen sie in Betrieb.

(2) Jede Inbetriebsetzung der Anlage ist beim Wasserversorgungsunternehmen über das Installationsunternehmen zu beantragen.

(3) Das Wasserversorgungsunternehmen kann für die Inbetriebsetzung vom Kunden Kostenerstattung verlangen; die Kosten können pauschal berechnet werden.

§ 14 Überprüfung der Kundenanlage

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, die Kundenanlage vor und nach ihrer Inbetriebsetzung zu überprüfen. Es hat den Kunden auf erkannte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen und kann deren Beseitigung verlangen.

(2) Werden Mängel festgestellt, welche die Sicherheit gefährden oder erhebliche Störungen erwarten lassen, ist das Wasserversorgungsunternehmen berechtigt, den Anschluss oder die Versorgung zu verweigern; bei Gefahr für Leib und Leben ist es hierzu verpflichtet.

(3) Durch Vornahme oder Unterlassung der Überprüfung der Anlage sowie durch deren Anschluss an das Verteilungsnetz übernimmt das Wasserversorgungsunternehmen keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlage. Dies gilt nicht, wenn es bei einer Überprüfung Mängel festgestellt hat, die eine Gefahr für Leib oder Leben darstellen.

§ 15 Betrieb, Erweiterung und Änderung von Kundenanlagen und Verbrauchseinrichtungen; Mitteilungspflichten

(1) Anlage und Verbrauchseinrichtungen sind so zu betreiben, dass Störungen anderer Kunden, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Wasserversorgungsunternehmens oder Dritter oder Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind.

(2) Erweiterungen und Änderungen der Anlage sowie die Verwendung zusätzlicher Verbrauchseinrichtungen sind dem Wasserversorgungsunternehmen mitzuteilen, soweit sich dadurch preisliche Bemessungsgrößen ändern oder sich die vorzuhaltende Leistung wesentlich erhöht.

§ 16 Zutrittsrecht

Der Kunde hat dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Wasserversorgungsunternehmens den Zutritt zu seinen Räumen und zu den in § 11 genannten Einrichtungen zu gestatten, soweit dies für die Prüfung der technischen Einrichtungen, zur Wahrnehmung sonstiger Rechte und Pflichten nach dieser Verordnung, insbesondere zur Ablesung, oder zur Ermittlung preislicher Bemessungsgrundlagen erforderlich und vereinbart ist.

§ 17 Technische Anschlussbedingungen

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, weitere technische Anforderungen an den Hausanschluss und andere Anlagenteile sowie an den Betrieb der Anlage festzulegen, soweit dies aus Gründen der sicheren und störungsfreien Versorgung, insbesondere im Hinblick auf die Erfordernisse des Verteilungsnetzes notwendig ist. Diese Anforderungen dürfen den anerkannten Regeln der Technik nicht widersprechen. Der Anschluss bestimmter Verbrauchseinrichtungen kann von der vorherigen Zustimmung des Versorgungsunternehmens abhängig gemacht werden. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn der Anschluss eine sichere und störungsfreie Versorgung gefährden würde.

(2) Das Wasserversorgungsunternehmen hat die weiteren technischen Anforderungen der zuständigen Behörde anzuzeigen. Die Behörde kann sie beanstanden, wenn sie mit Inhalt und Zweck dieser Verordnung nicht zu vereinbaren sind.

§ 18 Messung

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen stellt die vom Kunden verbrauchte Wassermenge durch Messeinrichtungen fest, die den eichrechtlichen Vorschriften entsprechen müssen. Bei öffentlichen Verbrauchseinrichtungen kann die gelieferte Menge auch rechnerisch ermittelt oder geschätzt werden, wenn die Kosten der Messung außer Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs stehen.

(2) Das Wasserversorgungsunternehmen hat dafür Sorge zu tragen, dass eine einwandfreie Messung der verbrauchten Wassermenge gewährleistet ist. Es bestimmt Art, Zahl und Größe sowie Anbringungsort der Messeinrichtungen. Ebenso ist die Lieferung, Anbringung, Überwachung, Unterhaltung und Entfernung der Messeinrichtungen Aufgabe des Unternehmens. Es hat den Kunden und den Anschlussnehmer anzuhören und deren berechtigte Interessen zu wahren. Es ist verpflichtet, auf Verlangen des Kunden oder des Hauseigentümers die Messeinrichtungen zu verlegen, wenn dies ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist; der Kunde oder der Hauseigentümer ist verpflichtet, die Kosten zu tragen.

(3) Der Kunde haftet für das Abhandenkommen und die Beschädigung der Messeinrichtungen, soweit ihn hieran ein Verschulden trifft. Er hat den Verlust, Beschädigungen und Störungen dieser Einrichtungen dem Wasserversorgungsunternehmen unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, sie vor Abwasser, Schmutz- und Grundwasser sowie vor Frost zu schützen.

§ 19 Nachprüfung von Messeinrichtungen

(1) Der Kunde kann jederzeit die Nachprüfung der Messeinrichtung nach § 39 des Mess- und Eichgesetzes verlangen. Stellt der Kunde den Antrag auf Prüfung nicht bei den Wasserversorgungsunternehmen, so hat er dieses vor Antragstellung zu benachrichtigen.

(2) Die Kosten der Prüfung fallen dem Wasserversorgungsunternehmen zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst dem Kunden.

§ 20 Ablesung

(1) Die Messeinrichtungen werden vom Beauftragten des Wasserversorgungsunternehmens möglichst in gleichen Zeitabständen oder auf Verlangen des Unternehmens vom Kunden selbst abgelesen. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass die Messeinrichtungen leicht zugänglich sind.

(2) Solange der Beauftragte des Unternehmens die Räume des Kunden nicht zum Zwecke der Ablesung betreten kann, darf das Unternehmen den Verbrauch auf der Grundlage der letzten Ablesung schätzen; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.

§ 21 Berechnungsfehler

(1) Ergibt eine Prüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so ist der zuviel oder zuwenig berechnete Betrag zu erstatten oder nachzuentrichten. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt das Wasserversorgungsunternehmen den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Feststellung des Fehlers nachfolgenden Ableszeitraums oder auf Grund des vorjährigen Verbrauchs durch Schätzung; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.

(2) Ansprüche nach Absatz 1 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ableszeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens zwei Jahre beschränkt.

§ 22 Verwendung des Wassers

(1) Das Wasser wird nur für die eigenen Zwecke des Kunden, seiner Mieter und ähnlich berechtigter Personen zur Verfügung gestellt. Die Weiterleitung an sonstige Dritte ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Wasserversorgungsunternehmens zulässig. Diese muss erteilt werden, wenn dem Interesse an der Weiterleitung nicht überwiegende versorgungswirtschaftliche Gründe entgegenstehen.

(2) Das Wasser darf für alle Zwecke verwendet werden, soweit nicht in dieser Verordnung oder auf Grund sonstiger gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften Beschränkungen vorgesehen sind. Das Wasserversorgungsunternehmen kann die Verwendung für bestimmte Zwecke beschränken, soweit dies zur Sicherstellung der allgemeinen Wasserversorgung erforderlich ist.

(3) Der Anschluss von Anlagen zum Bezug von Bauwasser ist beim Wasserversorgungsunternehmen vor Beginn der Bauarbeiten zu beantragen. Der Antragsteller hat dem Wasserversorgungsunternehmen alle für die Herstellung und Entfernung des Bauwasseranschlusses entstehenden Kosten zu erstatten. Die Sätze 1 und 2 gelten für Anschlüsse zu sonstigen vorübergehenden Zwecken entsprechend.

(4) Soll Wasser aus öffentlichen Hydranten nicht zum Feuerlöschen, sondern zu anderen vorübergehenden Zwecken entnommen werden, sind hierfür Hydrantenstandrohre des Wasserversorgungsunternehmens mit Wasserzählern zu benutzen.

§ 23 Vertragsstrafe

(1) Entnimmt der Kunde Wasser unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen oder nach Einstellung der Versorgung, so ist das Wasserversorgungsunternehmen berechtigt, eine Vertragsstrafe zu verlangen. Dabei kann höchstens vom Fünffachen desjenigen Verbrauchs ausgegangen werden, der sich auf der Grundlage des Vorjahresverbrauchs anteilig für die Dauer der unbefugten Entnahme ergibt. Kann der Vorjahresverbrauch des Kunden nicht ermittelt werden, so ist derjenige vergleichbarer Kunden zugrunde zu legen. Die Vertragsstrafe ist nach den für den Kunden geltenden Preise zu berechnen.

(2) Eine Vertragsstrafe kann auch verlangt werden, wenn der Kunde vorsätzlich oder grob fahrlässig die Verpflichtung verletzt, die zur Preisbildung erforderlichen Angaben zu machen. Die Vertragsstrafe beträgt das Zweifache des Betrags, den der Kunde bei Erfüllung seiner Verpflichtung nach den für ihn geltenden Preisen zusätzlich zu zahlen gehabt hätte.

(3) Ist die Dauer der unbefugten Entnahme oder der Beginn der Mitteilungspflicht nicht festzustellen, so kann die Vertragsstrafe nach vorstehenden Grundsätzen über einen festgestellten Zeitraum hinaus für längstens ein Jahr erhoben werden.

§ 24 Abrechnung, Preisänderungsklauseln

(1) Das Entgelt wird nach Wahl des Wasserversorgungsunternehmens monatlich oder in anderen Zeitabschnitten, die jedoch zwölf Monate nicht wesentlich überschreiten dürfen, abgerechnet.

(2) Ändern sich innerhalb eines Abrechnungszeitraumes die Preise, so wird der für die neuen Preise maßgebliche Verbrauch zeitanteilig berechnet; jahreszeitliche Verbrauchsschwankungen sind auf der Grundlage der für die jeweilige Abnehmergruppe maßgeblichen Erfahrungswerte angemessen zu berücksichtigen. Entsprechendes gilt bei Änderung des Umsatzsteuersatzes.

(3) Preisänderungsklauseln sind kostennah auszugestalten. Sie dürfen die Änderung der Preise nur von solchen Berechnungsfaktoren abhängig machen, die der Beschaffung und Bereitstellung des Wassers zuzurechnen sind. Die Berechnungsfaktoren müssen vollständig und in allgemein verständlicher Form ausgewiesen werden.

§ 25 Abschlagszahlungen

(1) Wird der Verbrauch für mehrere Monate abgerechnet, so kann das Wasserversorgungsunternehmen für die nach der letzten Abrechnung verbrauchte Wassermenge Abschlagszahlung verlangen. Diese ist anteilig für den Zeitraum der Abschlagszahlung entsprechend dem Verbrauch im zuletzt abgerechneten Zeitraum zu berechnen. Ist eine solche Berechnung nicht möglich, so bemisst sich die Abschlagszahlung nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen.

(2) Ändern sich die Preise, so können die nach der Preisänderung anfallenden Abschlagszahlungen mit dem Vorhundertsatz der Preisänderung entsprechend angepasst werden.

(3) Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen verlangt wurden, so ist der übersteigende Betrag unverzüglich zu erstatten, spätestens aber mit der nächsten Abschlagsforderung zu verrechnen. Nach Beendigung des Versorgungsverhältnisses sind zuviel gezahlte Abschläge unverzüglich zu erstatten.

§ 26 Vordrucke für Rechnungen und Abschläge

Vordrucke für Rechnungen und Abschläge müssen verständlich sein. Die für die Forderung maßgeblichen Berechnungsfaktoren sind vollständig und in allgemein verständlicher Form auszuweisen.

§ 27 Zahlung, Verzug

(1) Rechnungen und Abschläge werden zu dem vom Wasserversorgungsunternehmen angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung fällig.

(2) Bei Zahlungsverzug des Kunden kann das Wasserversorgungsunternehmen, wenn es erneut zur Zahlung auffordert oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lässt, die dadurch entstandenen Kosten auch pauschal berechnen.

§ 28 Vorauszahlungen

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, für den Wasserverbrauch eines Abrechnungszeitraums Vorauszahlung zu verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles zu besorgen ist, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt.

(2) Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraumes oder dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen. Erstreckt sich der Abrechnungszeitraum über mehrere Monate und erhebt das Wasserversorgungsunternehmen Abschlagszahlungen, so kann es die Vorauszahlung nur in ebenso vielen Teilbeträgen verlangen. Die Vorauszahlung ist bei der nächsten Rechnungserteilung zu verrechnen.

(3) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 kann das Wasserversorgungsunternehmen auch für die Erstellung oder Veränderung des Hausanschlusses sowie in den Fällen des § 22 Absatz 3 Satz 1 Vorauszahlung verlangen.

§ 29 Sicherheitsleistung

(1) Ist der Kunde oder Anschlussnehmer zur Vorauszahlung nicht in der Lage, so kann das Wasserversorgungsunternehmen in angemessener Höhe Sicherheitsleistung verlangen.

(2) Barsicherheiten werden zum jeweiligen Basiszinssatz nach § 274 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verzinst.

(3) Ist der Kunde oder Anschlussnehmer in Verzug und kommt er nach erneuter Zahlungsaufforderung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Versorgungsverhältnis nach, so kann sich das Wasserversorgungsunternehmen aus der Sicherheit bezahlt machen. Hierauf ist in der Zahlungsaufforderung hinzuweisen. Kursverluste bei Verkauf von Wertpapieren gehen zu Lasten des Kunden oder Anschlussnehmers.

(4) Die Sicherheit ist zurückzugeben, wenn ihre Voraussetzungen weggefallen sind.

§ 30 Zahlungsverweigerung

Einwände gegen Rechnungen und Abschlagsberechnungen berechtigen zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur,

1. soweit sich aus den Umständen ergibt, dass offensichtliche Fehler vorliegen, und
2. wenn der Zahlungsaufschub oder die Zahlungsverweigerung innerhalb von zwei Jahren nach Zugang der fehlerhaften Rechnung oder Abschlagsberechnung geltend gemacht wird.

§ 31 Aufrechnung

Gegen Ansprüche des Wasserversorgungsunternehmens kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.

§ 32 Laufzeit des Versorgungsvertrages, Kündigung

(1) Das Vertragsverhältnis läuft solange ununterbrochen weiter, bis es von einer der beiden Seiten mit einer Frist von einem Monat auf das Ende eines Kalendermonats gekündigt wird.

(2) Bei einem Umzug ist der Kunde berechtigt, den Vertrag mit zweiwöchiger Frist auf das Ende eines Kalendermonats zu kündigen.

(3) Wird der Verbrauch von Wasser ohne ordnungsgemäße Kündigung eingestellt, so haftet der Kunde dem Wasserversorgungsunternehmen für die Bezahlung des Wasserpreises für den von der Messeinrichtung angezeigten Verbrauch und für die Erfüllung sämtlicher sonstiger Verpflichtungen.

(4) Ein Wechsel der Person des Kunden ist dem Wasserversorgungsunternehmen unverzüglich mitzuteilen und bedarf dessen Zustimmung. Das Wasserversorgungsunternehmen ist nicht verpflichtet, dem Eintritt des Dritten in die sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten zuzustimmen.

(5) Tritt anstelle des Wasserversorgungsunternehmens ein anderes Unternehmen in die sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten ein, so bedarf es hierfür nicht der Zustimmung des Kunden. Der Wechsel des Wasserversorgungsunternehmens ist öffentlich bekanntzugeben.

(6) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

(7) Der Kunde kann eine zeitweilige Absperrung seines Anschlusses verlangen, ohne damit das Vertragsverhältnis zu lösen.

§ 33 Einstellung der Versorgung, fristlose Kündigung

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, die Versorgung fristlos einzustellen, wenn der Kunde den allgemeinen Versorgungsbedingungen zuwiderhandelt und die Einstellung erforderlich ist, um

1. eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Anlagen abzuwenden,
2. den Verbrauch von Wasser unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern oder
3. zu gewährleisten, dass Störungen anderer Kunden, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Unternehmens oder Dritter oder Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind.

(2) Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, ist das Wasserversorgungsunternehmen berechtigt, die Versorgung zwei Wochen nach Androhung einzustellen. Dies gilt nicht, wenn der Kunde darlegt, dass die Folgen der Einstellung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nachkommt. Das Wasserversorgungsunternehmen kann mit der Mahnung zugleich die Einstellung der Versorgung androhen.

(3) Das Wasserversorgungsunternehmen hat die Versorgung unverzüglich wieder aufzunehmen, sobald die Gründe für ihre Einstellung entfallen sind und der Kunde die Kosten der Einstellung und Wiederaufnahme der Versorgung ersetzt hat. Die Kosten können pauschal berechnet werden.

(4) Das Wasserversorgungsunternehmen ist in den Fällen des Absatzes 1 berechtigt, das Vertragsverhältnis fristlos zu kündigen, in den Fällen der Nummern 1 und 3 jedoch nur, wenn die Voraussetzungen zur Einstellung der Versorgung wiederholt vorliegen. Bei wiederholten Zuwiderhandlungen nach Absatz 2 ist das Wasserversorgungsunternehmen zur fristlosen Kündigung berechtigt, wenn sie zwei Wochen vorher angedroht wurde; Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 34 Gerichtsstand

(1) Der Gerichtsstand für Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Sondervermögen ist am Sitz der für den Kunden zuständigen Betriebsstelle des Wasserversorgungsunternehmens.

(2) Das gleiche gilt,

1. wenn der Kunde keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat oder
2. wenn der Kunde nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Geltungsbereich dieser Verordnung verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.

§ 35 Öffentlich-rechtliche Versorgung mit Wasser

(1) Rechtsvorschriften, die das Versorgungsverhältnis öffentlich-rechtlich regeln, sind den Bestimmungen dieser Verordnung entsprechend zu gestalten; unberührt bleiben die Regelungen des Verwaltungsverfahrens sowie gemeinderechtliche Vorschriften zur Regelung des Abgabenrechts.

(2) Bei Inkrafttreten dieser Verordnung geltende Rechtsvorschriften, die das Versorgungsverhältnis öffentlich-rechtlich regeln, sind bis zum 1. Januar 1982 anzupassen.

§ 36

(weggefallen)

§ 37 Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1980 in Kraft.

(2) Die §§ 2 bis 34 gelten auch für Versorgungsverträge, die vor dem 1. April 1980 zustande gekommen sind, unmittelbar. Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, die Kunden in geeigneter Weise hierüber zu unterrichten. Laufzeit und Kündigungsbestimmungen der vor Verkündung dieser Verordnung abgeschlossenen Versorgungsverträge bleiben unberührt.

(3) § 24 Abs. 2 und 3, § 25 Abs. 1 und 2 sowie § 28 gelten nur für Abrechnungszeiträume, die nach dem 31. Dezember 1980 beginnen.

Bonn, den 20. Juni 1980

Der Bundesminister für Wirtschaft
Lambsdorff

IHRE NOTIZEN:



RUMPFSATZUNG

des Zweckverbandes
Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV)
über den Anschluss
an die öffentliche Wasserversorgung
und deren Benutzung
(Rumpfsatzung - RfS)

§ 1 Allgemeines

Der ZWAV versorgt die Grundstücke seines Verbandsgebietes mit Trinkwasser. Er betreibt die Wasserversorgung als öffentliche Einrichtung.

§ 2 Grundstücksbegriff – Grundstückseigentümer

(1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

(2) Die in dieser Satzung für Grundstückseigentümer erlassenen Vorschriften gelten auch für Erbbauberechtigte oder ähnlich zur dinglichen Nutzung eines Grundstücks Berechtigte. Von mehreren dinglich Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner.

(3) Fallen das Eigentum am Grundstück und den darauf errichteten Wohn- und Gewerbegebäuden auseinander, so ist der Eigentümer der Gebäude in Bezug auf Rechte und Pflichten dieser Satzung, dem Grundstückseigentümer gleichgestellt.

§ 3 Anschluss- und Benutzungsrecht

(1) Jeder Eigentümer eines im Verbandsgebiet des ZWAV liegenden Grundstücks ist berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an die Wasserversorgungsanlagen nach Maßgabe dieser Satzung zu verlangen.

(2) Das Anschluss- und Benutzungsrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die durch eine Versorgungsleitung erschlossen sind. Die Grundstückseigentümer können nicht verlangen, dass eine neue Versorgungsleitung hergestellt oder eine bestehende Versorgungsleitung geändert wird.

(3) Der Anschluss eines Grundstücks an eine bestehende Versorgungsleitung kann versagt werden, wenn die Wasserversorgung wegen der Lage des Grundstücks oder aus sonstigen technischen oder betrieblichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen erfordert.

(4) Das Anschluss- und Benutzungsrecht besteht auch in den Fällen der Absätze 2 und 3, sofern der Grundstückseigentümer sich verpflichtet, die mit dem Bau und Betrieb der Leitung zusammenhängenden Mehrkosten zu übernehmen und auf Verlangen Sicherheit zu leisten.

§ 4 Anschlusszwang

Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Wasser verbraucht wird, sind verpflichtet, diese Grundstücke an die öffentliche Wasserversorgungsanlage anzuschließen. Ein Anschlusszwang besteht nicht, wenn der Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage rechtlich oder tatsächlich unmöglich ist.

§ 5 Befreiung vom Anschlusszwang

Von der Verpflichtung zum Anschluss wird der Grundstückseigentümer auf Antrag befreit, wenn der Anschluss ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann. Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der

Gründe schriftlich beim ZWAV einzureichen. Die Befreiung kann befristet, unter Bedingungen, Auflagen und Widerrufsvorbehalt erteilt werden.

§ 6 Benutzungszwang

Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossen sind, ist der gesamte Wasserbedarf im Rahmen des Benutzungsrechts (§ 3) ausschließlich aus dieser Anlage zu decken (Benutzungszwang). Verpflichtet sind die Grundstückseigentümer und alle Benutzer der Grundstücke.

§ 7 Befreiung vom Benutzungszwang

(1) Von der Verpflichtung zur Benutzung werden der Grundstückseigentümer und alle Benutzer eines Grundstücks auf Antrag befreit, wenn die Benutzung ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann.

(2) Der Zweckverband kann dem Grundstückseigentümer darüber hinaus im Rahmen des ihm wirtschaftlich und technisch Zumutbaren auf Antrag die Möglichkeit einräumen, den Bezug auf einen von ihm gewünschten Verbrauchszweck oder auf einen Teilbedarf zu beschränken.

(3) Der Antrag auf Befreiung oder Teilbefreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich dem ZWAV einzureichen.

(4) Der Grundstückseigentümer hat dem ZWAV vor Errichtung einer Eigengewinnungsanlage Mitteilung zu machen und einen Antrag gemäß Absatz 3 zu stellen. Er hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass von seiner Eigenanlage keine Rückwirkungen in das öffentliche Wasserversorgungsnetz möglich sind.

§ 8 Ordnungswidrigkeit, Zwangsmittel

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 124 SächsGemO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einem Gebot oder Verbot dieser Satzung oder einer aufgrund dieser Satzung ergangenen vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann entsprechend dem § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), mit einer Geldbuße von mindestens 2,50 Euro, höchstens 500,00 Euro geahndet werden.

(2) Der ZWAV kann, zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen, Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

(3) Für die Durchsetzung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens, gelten die Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes entsprechend.

§ 9 AVBWasserV

Der Anschluss an das Versorgungsnetz und die Versorgung mit Wasser bestimmen sich im Übrigen nach der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) vom 20.06.1980 (BGBl. I S. 684), den Ergänzenden Bedingungen des ZWAV zur AVBWasserV (ErgB) in der jeweils gültigen Fassung und der jeweils gültigen Preisliste des ZWAV.

§ 10 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Rumpfsatzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und deren Benutzung des ZWAV (Rumpfsatzung – RfS) vom 25.09.1995 mit allen bisherigen Änderungen außer Kraft.



Ralf Oberdorfer
Verbandsvorsitzender



ERGÄNZENDE BEDINGUNGEN

des Zweckverbandes

Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV)

zur „Verordnung über Allgemeine

Bedingungen für die Versorgung

mit Wasser“ (AVBWasserV)

vom 20.06.1980

(Ergänzende Bedingungen - ErgB)

Stand:

01.01.2019

1. zu § 1 Absatz 4 AVBWasserV

Der ZWAV liefert auf der Grundlage eines privatrechtlichen Versorgungsvertrages Wasser an seine Kunden. Für dieses Vertragsverhältnis gelten die nachfolgenden Bedingungen.

2. Vertragspartner

2.1 Der Versorgungsvertrag wird mit dem Eigentümer des anzuschließenden oder angeschlossenen Grundstückes abgeschlossen.

2.2 In Ausnahmefällen kann der Vertrag auch mit dem Nutzungsberechtigten, z. B. Mieter, Pächter, Nießbraucher, abgeschlossen werden, wenn sich der Eigentümer gegenüber dem ZWAV ausdrücklich zur Erfüllung des Vertrages mitverpflichtet.

2.3 Tritt an die Stelle eines Grundstückseigentümers eine Gemeinschaft von Wohnungseigentümern im Sinne des Wohneigentumsgesetzes, so wird der Versorgungsvertrag mit der Gemeinschaft der Wohneigentümer abgeschlossen. Jeder Wohneigentümer haftet als Gesamtschuldner. Die Wohnungseigentümergeinschaft verpflichtet sich, den Verwalter oder eine andere Person zu bevollmächtigen, alle Rechtsgeschäfte, die sich aus dem Versorgungsvertrag ergeben, mit Wirkung für und gegen alle Wohnungseigentümer mit dem ZWAV abzuschließen und personelle Änderungen die die Haftung der Wohnungseigentümer berühren dem ZWAV unverzüglich mitzuteilen. Wird ein Vertreter nicht benannt, so sind die an einen Wohnungseigentümer abgegebenen Erklärungen des ZWAV auch für die übrigen Eigentümer rechtswirksam.

2.4 Absatz 3 gilt entsprechend, wenn das Eigentum an dem Grundstück mehreren Personen gemeinschaftlich zusteht (Gesamthand Eigentum und Miteigentum nach Bruchteilen).

2.5 Wohnt der Kunde nicht im Inland, so hat er einen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen.

2.6 In den Fällen von Absatz 3 bis 5 ist der Kunde verpflichtet, einen Wechsel des Bevollmächtigten unverzüglich dem ZWAV anzuzeigen.

2.7 Tritt an die Stelle des ZWAV ein anderes Unternehmen in die sich aus dem Versorgungsvertrag ergebenden Rechte und Pflichten ein, so bedarf es hierfür nicht der Zustimmung des Kunden. Der Unternehmenswechsel ist öffentlich bekannt zu geben.

2.8 Bei einer Veräußerung des Grundstücks ist der Kunde berechtigt, den Vertrag mit zweiwöchiger Frist auf das Ende eines Kalendermonats zu kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Die Kündigung hat keinen Einfluss auf einen eventuell bestehenden Anschluss- und Benutzungszwang. Bei einer Veräußerung des Grundstücks ist der Kunde verpflichtet, dem ZWAV den Käufer mitzuteilen.

3. zu § 2 AVBWasserV – Vertragsabschluss

3.1 Der Versorgungsvertrag kommt durch einen schriftlichen Vertragsschluss, die Erteilung der Anschlussgenehmigung auf Antrag des Kunden, Auftragserteilung durch den Kunden oder die Durchsetzung des Anschlusszwangs zustande.

3.2 Der Versorgungsvertrag kommt auch durch die tatsächliche Entnahme von Wasser aus dem öffentlichen Versorgungsnetz durch den Kunden zustande. In diesem Falle ist der Kunde verpflichtet, dies dem ZWAV unverzüglich mitzuteilen. Die Wasserversorgung erfolgt zu für gleichartige Vertragsverhältnisse geltenden Bedingungen und Preisen des ZWAV. Unabhängig davon, wer tatsächlich die Entnahme vornimmt, gilt Ziffer 2.

3.3 Der ZWAV ist verpflichtet, jedem Neukunden (Neuanschluss) bei Vertragsabschluss sowie den übrigen Kunden auf Verlangen, die dem Versorgungsvertrag zugrunde liegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen, einschließlich der dazugehörigen Preisregelungen und Preislisten, unentgeltlich auszuhändigen.

3.4 Änderungen der Ergänzenden Bedingungen zur AVBWasserV werden erst nach der öffentlichen Bekanntgabe entsprechend der Verbandssatzung des ZWAV vertragswirksam. Dies gilt auch für die dazugehörigen Preise.

4. zu § 3 AVBWasserV – Bedarfsdeckung

4.1 Zwischen einer eigenen Wasserversorgungsanlage und dem öffentlichen Versorgungsnetz ist keine Verbindung zulässig.

4.2 Jeder Kunde kann eine zeitweilige Absperrung des Hausanschlusses, z. B. Winterabsperrung, beantragen, ohne damit den Versorgungsvertrag zu lösen. Dem ZWAV daraus entstehende Kosten trägt der Kunde.

4.3 Wenn die zeitweilige Absperrung nach 4.2 länger als ein Jahr dauert, so ist nach DIN 1988 die Hausanschlussleitung durch den ZWAV vom Versorgungsnetz abzutrennen. Die Kosten dafür trägt der Kunde.

5. zu § 4 Absatz 4 AVBWasserV – Art der Versorgung

Die Maßnahmen des Kunden, die eine Veränderung des anstehenden Versorgungsdruckes oder Veränderung der Qualität des Wassers bewirken können (z. B. Einbau von Druckerhöhungs- bzw. Druckminderungsanlagen, Dosiergeräten usw.), dürfen keine nachteiligen Auswirkungen auf das Versorgungsnetz (Verteilungsnetz und Hausanschluss) haben.

6. zu § 5 Absatz 1 AVBWasserV – Umfang der Versorgung

6.1 Der ZWAV kann für Kunden, deren Wasserbedarf die öffentliche Wasserversorgung wesentlich belastet, die Wasserbezugsmenge limitieren, wenn bei Kapazitätsbegrenzung infolge höherer Gewalt die Aufrechterhaltung der öffentlichen Wasserversorgung gefährdet ist.

6.2 In den Fällen nach 6.1 kann der ZWAV die an diese Kunden bereitzustellende Wassermenge auf der Grundlage von Stufenprogrammen kürzen. Dieses Stufenprogramm wird im Vertrag mit diesen Kunden gesondert vereinbart.

6.3 Kommt der Kunde den Forderungen des Stufenprogramms nicht nach, ist er zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe des doppelten Mengenpreises pro m³ Wasser verpflichtet.

7. zu § 8 AVBWasserV – Grundstücksbenutzung

Der Kunde hat unentgeltlich zuzulassen, dass der ZWAV Hinweisschilder für Hydranten, Absperrvorrichtungen usw. an seinen Gebäuden oder seiner Grundstücksumgrenzung anbringt.

8. zu § 9 AVBWasserV – Baukostenzuschüsse

8.1 Der ZWAV ist berechtigt, spätestens bei Fertigstellung des Hausanschlusses vom Kunden einen Baukostenzuschuss zur Abdeckung der bei wirtschaftlicher Betriebsführung entstehenden

Kosten für die Herstellung, den Ausbau, die Verstärkung und die Erneuerung der örtlichen Verteilungsanlagen zu verlangen.

8.2 Der Baukostenzuschuss bemisst sich nach der Straßenfrontlänge des anzuschließenden Grundstücks. Als Straßenfrontlänge gilt die gesamte Länge der Grundstücksseite, die der örtlichen Verteilungsanlage zugewandt ist. Bei Grundstücken, die von mehreren Seiten durch örtliche Verteilungsanlagen erschlossen sind, gilt als Straßenfrontlänge die Summe der Längen aller Grundstücksseiten, die der örtlichen Verteilungsanlage zugewandt sind, geteilt durch die Anzahl dieser Grundstücksseiten. Für jedes Grundstück werden mindestens 15 Meter Straßenfrontlänge berechnet. Der Baukostenzuschuss wird bei Grundstücken, die nur mit einem Einfamilienhaus bebaut sind, höchstens bis zur durchschnittlichen Straßenfrontlänge im Verbandsgebiet erhoben; diese beträgt 30 Meter. Für Hinterliegergrundstücke wird immer eine Straßenfrontlänge von 15 Meter berechnet.

8.3 Der Baukostenzuschuss errechnet sich aus 70 Prozent des durchschnittlichen eigenen Aufwandes für die örtlichen Verteilungsanlagen im Verbandsgebiet des ZWAV. Er wird differenziert durch die erforderliche Dimensionierung des Hausanschlusses, die vorgeschrieben wird; er erhöht sich im Verhältnis der tatsächlichen Dimensionierung des Hausanschlusses zu DN 40.

8.4 Der Baukostenzuschuss wird bei Fertigstellung des Hausanschlusses zugleich mit den Hausanschlusskosten fällig. Die Inbetriebsetzung der Kundenanlage kann von der Bezahlung des Baukostenzuschusses und der Hausanschlusskosten abhängig gemacht werden.

8.5 Wenn ein Grundstück einen weiteren Anschluss erhält, ist erneut ein Baukostenzuschuss zu zahlen. Hierbei ist ein bereits für dieses Grundstück gezahlter Baukostenzuschuss zugunsten des Kunden zu berücksichtigen.

9. zu § 10 AVBWasserV – Hausanschluss

9.1 Herstellung des Hausanschlusses

Für die Herstellung der Wasseranschlussleitung hat der Kunde die vollen Kosten zu erstatten. Sie werden bei der Ersterstellung als Pauschale auf der Grundlage der durchschnittlichen Herstellungskosten laut Preisliste erhoben.

Die Wasserzähleranlage ist Eigentum des ZWAV.

Als Anschlusslänge gilt die Strecke ab dem Abgang von der Versorgungs- (Straßen-) Leitung bis zum Anfang der Wasserzähleranlage.

9.2 Änderung und Beseitigung der Hausanschlussleitung

Änderungen der Anschlussleitungen und/oder der für Zwecke der Versorgung des Kunden dienenden Versorgungs- (Straßen-) Leitung, die der Grundstückseigentümer wegen Änderung seiner Anlagen oder wegen sonstiger Maßnahmen auf dem versorgten Grundstück veranlasst, gehen zu

seinen Lasten und werden nach Pauschalen auf der Grundlage der durchschnittlichen Herstellungskosten laut Preisliste berechnet.

Sofern der Kunde den Wasserbezug für dauernd einstellt, kann der ZWAV die Anschlussleitung deswegen von der Versorgungs- (Straßen-) Leitung abtrennen und die Wasserzähleranlage ausbauen. Der Grundstückseigentümer hat hierfür die Kosten zu erstatten.

Der ZWAV behält sich das Recht vor, zum hygienischen Schutz des Wassers nicht mehr oder wenig benutzte Hausanschlussleitungen zu spülen bzw. nach einem Jahr von den im Betrieb

befindlichen örtlichen Versorgungsleitungen zu trennen. Der Trennung geht die fristgemäße Kündigung durch den ZWAV voraus. Die Kosten für die Trennung oder Spülung (einschließlich Spülwassermenge) hat der Kunde zu tragen.

Der erneute Anschluss eines Grundstückes an die Wasserversorgung nach Trennung eines Hausanschlusses erfordert die Herstellung einer neuen Hausanschlussleitung. Der Baukostenzuschuss wird in diesem Fall nicht erhoben. Die Hausanschlusskosten sind vom Kunden wie für einen Neuanschluss laut Preisliste zu zahlen.

9.3 Auswechslung und Unterhaltung der Anschlussleitung

Die Kosten für die Auswechslung und Unterhaltung der Hausanschlussleitung ab der ersten Grundstücksgrenze nach der Versorgungsleitung trägt der Grundstückseigentümer.

Die Kosten für Erneuerung und Unterhaltung der Hausanschlussleitung im öffentlichen Bereich trägt der ZWAV.

Für den Einbau, Ausbau oder die Auswechslung eines Wasserzählers (auch Bauwasserzählers) wird ein Pauschalbetrag laut Preisliste berechnet, sofern das vom Grundstückseigentümer veranlasst wird.

9.4 Kostentragung des Kunden

Bei der Herstellung und Erneuerung erforderlich werdende Wiederherstellungen oder Änderungen an Außenanlagen des Grundstückes wie Einfriedungen, Bepflanzungen, Hofbefestigungen, Treppen, Treppenaufgängen, Wand- und Fußbodenverkleidungen in Gebäuden usw. gehen zu Lasten des Kunden.

10. zu § 11 AVBWasserV – Messeinrichtungen an der Grundstücksgrenze

10.1 Unverhältnismäßig lang im Sinne von § 11 Absatz 1 Ziffer 2 AVBWasserV ist die Anschlussleitung dann, wenn sie eine Länge von 15 m überschreitet.

10.2 Bei Hausanschlussleitungen mit mehr als 40 m Länge ist in jedem Fall die Messeinrichtung in einem Zählerschacht oder in einem geeigneten Raum an der Grundstücksgrenze unterzubringen.

11. zu § 12 AVBWasserV – Kundenanlage

Schäden innerhalb der Kundenanlage sind ohne Verzug zu beseitigen. Wenn durch Schäden an der Kundenanlage oder aus einem anderen Grund Wasser ungenutzt abläuft, hat der Kunde dieses durch die Messeinrichtung erfasste Wasser zu bezahlen.

12. zu § 13 AVBWasserV – Inbetriebsetzung

Die Kundenanlage kann durch jedes in das Installateurverzeichnis des ZWAV eingetragene Installationsunternehmen an die Wasserzählanlage angeschlossen und in Betrieb gesetzt werden. Hierdurch entstehende Kosten trägt der Kunde.

13. zu § 16 AVBWasserV – Zutrittsrecht

Der Kunde gestattet dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des ZWAV den Zutritt zu seinen Räumen und zu den in § 11 AVBWasserV genannten Einrichtungen, soweit dies für die Prüfung der technischen Einrichtungen oder zur Wahrnehmung sonstiger Rechte und Pflichten nach der AVBWasserV und diesen Ergänzenden Bedingungen zur AVBWasserV erforderlich ist.

14. zu § 17 Abs. 4 AVBWasserV – Technische Anschlussbedingungen

Hausanschlussleitungen und Leitungen der Kundenanlage dürfen weder als Erder noch als Schutzleiter für Blitzableiter-Erdungsleitungen und Starkstromanlagen benutzt werden.

15. zu § 18 AVBWasserV – Messung

Der Kunde stellt für die Messeinrichtung einen geeigneten frostfreien Platz zur Verfügung.

16. zu § 22 AVBWasserV – Verwendung des Wassers

16.1 Die Wasserentnahme erfolgt generell nur über Messeinrichtung. Standrohre mit geeichten Messeinrichtungen zur Abgabe von Bauwasser oder für andere vorübergehende Zwecke können beim ZWAV gegen Entgelt (laut Preisliste) ausgeliehen werden.

16.2 Bei der Vermietung haftet der Mieter für Beschädigungen aller Art, sowohl für Schäden am Mietgegenstand als auch für alle Schäden, die durch Gebrauch des Standrohres an öffentlichen Hydranten und Leitungseinrichtungen, auch durch Verunreinigung, dem ZWAV oder dritten Personen entstehen. Bei Verlust des Standrohres hat der Mieter vollen Ersatz zu leisten.

17. zu §§ 24, 25 AVBWasserV – Abrechnung, Abschlagszahlung

17.1 Abrechnungszeitraum ist grundsätzlich ein Zeitraum von 12 Monaten.

17.2 Abschlagszahlungen werden grundsätzlich zweimonatlich erhoben. Eine Änderung der Abrechnungszeiträume und der Anforderung von Abschlagszahlungen bleibt dem ZWAV vorbehalten.

17.3 Im Vertrag kann können abweichende Ablesenzeiträume, abweichende Abschlagszahlungen oder abweichende Rechnungslegungen vereinbart werden.

17.4 Bestehende Vereinbarungen zur Ablesung und Rechnungslegung bleiben in Kraft.

18. zu § 27 AVBWasserV - Zahlung, Verzug

Die Kosten aus Zahlungsverzug sind mit den Pauschalen laut Preisliste zu bezahlen.

19. zu § 32 AVBWasserV - Wassermengen / Entgelt

19.1 Für die Bereitstellung von Wasser durch den ZWAV und die Entnahme von Wasser aus dem öffentlichen Versorgungsnetz durch den Kunden ist vom Kunden ein Entgelt (Grundpreis und Mengenpreis) zu zahlen. Die Höhe des Entgeltes ergibt sich aus den jeweils gültigen Preislisten des ZWAV.

19.2 Der Mengenpreis bemisst sich nach der Menge (m³) des zur Verfügung gestellten Wassers.

19.3 Ist eine Messeinrichtung ausgefallen oder keine solche vorhanden, schätzt der ZWAV den Verbrauch nach pflichtgemäßem Ermessen. Grundlage für diese Schätzung ist der durchschnittliche Wasserverbrauch der neuen Bundesländer von 33 m³ pro Person und Jahr.

19.4 Der Grundpreis stellt das Entgelt für die Bereitstellung der öffentlichen Wasserversorgungsanlage dar. Es wird für jeden Grundstücksanschluss auf der Basis der Größe des Wasserzählers berechnet.

19.5 Für Versorgungsverträge, die nur der Versorgung einer Person dienen, ist nach Antragstellung durch den Kunden die Ermäßigung des Grundpreises um 50 Prozent möglich. Als Nachweis hat der Kunde eine entsprechende Bescheinigung der zuständigen Meldebehörde vorzulegen. Die Kosten für diese Bescheinigung trägt der Kunde. Die Grundpreisermäßigung gilt ab der Antragstellung maximal für zwei Jahre. Danach ist die Grundpreisermäßigung mit einer aktuellen Bescheinigung der zuständigen Meldebehörde erneut zu beantragen. Der Kunde ist verpflichtet, den ZWAV unverzüglich zu informieren, wenn sich die Anzahl der versorgten Personen erhöht.

19.6 Für unbewohnte Einzelgärten mit eigenem Wasseranschluss, der infolge der Verlegetiefe nicht ganzjährig nutzbar ist, kann der Grundpreis nach Antragstellung durch den Kunden auf 60 Prozent ermäßigt werden.

19.7 Wird die Wasserbelieferung durch den ZWAV unterbrochen (z. B. wegen Wassermangels, Störungen im Betrieb, betriebsnotwendigen Arbeiten oder aus anderen Gründen), so wird für die voll ausfallenden Kalendermonate keine Grundgebühr berechnet.

19.8 Für Verbundwasserzähler gelten gesonderte Preise (laut Preisliste).

20. Umsatzsteuer

Zu den Entgelten sowie den darauf entfallenden Abschlagszahlungen, die sich in Anwendung der AVBWasserV nebst den Ergänzenden Bedingungen ergeben, tritt die Umsatzsteuer in der jeweils gesetzlich bestimmten Höhe hinzu. Umsatzsteuer wird auch auf Teilbeträge erhoben.

21. Änderungen

21.1 Die Ergänzenden Bedingungen und die Entgelte nach dem Allgemeinen Tarif können vom ZWAV mit Wirkung für alle Kunden geändert oder ergänzt werden. Jede Änderung und Ergänzung ist öffentlich bekannt zu machen. Mit der öffentlichen Bekanntmachung gelten sie als jedem Kunden zugegangen. Sie werden Vertragsinhalt, sofern der Kunde das Vertragsverhältnis nicht nach § 32 AVBWasserV kündigt.

21.2 Erfordert der Anschluss wegen der Länge des Grundstücks oder aus sonstigen technischen Gründen außergewöhnliche Maßnahmen, so kann das Versorgungsunternehmen von seinen Allgemeinen Bedingungen und diesen Ergänzenden Bedingungen abweichende Vereinbarungen fordern.

21.a Verbraucherstreitbelegungsverfahren

Der ZWAV nimmt an keinem Verbraucherstreitbelegungsverfahren teil.

22. Inkrafttreten

22.1 Die Ergänzenden Bedingungen treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

22.2 Gleichzeitig treten die Ergänzenden Bedingungen des ZWAV vom 13.10.1997 zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) vom 20.06.1980 außer Kraft.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'R. Oberdorfer', written in a cursive style.

Ralf Oberdorfer
Verbandsvorsitzender

**Zweckverband
Wasser und Abwasser
Vogtland**



PREISLISTE

des Zweckverbandes

Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV)

für die Wasserversorgung

**Stand:
01.01.2019**

Preisliste Trinkwasser ab 01.01.2019

Preise für den Bezug von Wasser

1. Grundpreis

Die Grundpreise für den Anschluss an die Wasserverteilungsanlagen des ZWAV werden gestaffelt nach der Zählergröße erhoben. Sie betragen:

			Netto pro Monat	Brutto pro Monat (incl. 7% MwSt)
bis Q ₃ 4 m ³ /h		(Qn 2,5 m ³ /h)	10,25 €	10,97 €
Q ₃ 10 m ³ /h		(Qn 6 m ³ /h)	28,00 €	29,96 €
Q ₃ 16 m ³ /h		(Qn 10 m ³ /h)	43,50 €	46,55 €
bis einschließlich DN 50	Q ₃ 25 m ³ /h	(Qn 15)	51,00 €	54,57 €
bis einschließlich DN 80	Q ₃ 40/63 m ³ /h	(Qn 40)	72,00 €	77,04 €
bis einschließlich DN 100	Q ₃ 63/100 m ³ /h	(Qn 60)	92,00 €	98,44 €
bis einschließlich DN 150	Q ₃ 160/250 m ³ /h	(Qn 150)	123,00 €	131,61 €
bis einschließlich DN 200	Q ₃ 400 m ³ /h	(Qn 250)	154,00 €	164,78 €
bis einschließlich DN 300	Q ₃ 1000 m ³ /h	(Qn 600)	230,00 €	246,10 €

Verbundwasserzähler:

bis einschließlich DN 50	Q ₃ 25 m ³ /h	(Qn 15)	61,50 €	65,81 €
bis einschließlich DN 80	Q ₃ 40/63 m ³ /h	(Qn 40)	84,50 €	90,42 €
bis einschließlich DN 100	Q ₃ 63/100 m ³ /h	(Qn 60)	117,50 €	125,73 €
bis einschließlich DN 150	Q ₃ 160/250 m ³ /h	(Qn 150)	148,00 €	158,36 €
bis einschließlich DN 200	Q ₃ 400 m ³ /h	(Qn 250)	174,00 €	186,18 €
bis einschließlich DN 300	Q ₃ 1000 m ³ /h	(Qn 600)	199,50 €	213,47 €

Sonderregelung:

für Einzelgärten			6,15 €	6,58 €
für 1-Personen-Haushalt			5,15 €	5,51 €

Nebenzähler als Unter- bzw. Abrechnungszähler für Trinkwasser

bis Q ₃ 4 m ³ /h	(Qn 2,5 m ³ /h)		2,50 €	2,68 €
--	----------------------------	--	--------	--------

2. Mengenpreis

	Netto	Brutto (incl. 7% MwSt)
für Trinkwasser	1,76 €/m ³	1,88 €/m ³
für Brauchwasser Oelsnitz	1,00 €/m ³	1,07 €/m ³

Nebenleistungen Trinkwasser

Zu den angegebenen Preisen werden auch An- und Abfahrt berechnet. Die Abrechnung von Pauschalpreisen findet nur Anwendung für die Hausanschlussdimensionen bis DA 63/DN 50. Größere Nennweiten sowie deutlich von der Kalkulation abweichende Leistungen werden nach Ist-Kosten bzw. Einzelpreisen laut Jahresvertrag berechnet.

1. Montageleistungen für Trinkwasser-Neuanschluss bzw. Veränderung der Hausanschlussleitung auf Kundenwunsch

	Netto	Brutto (incl. 7% MwSt.)
1.1. Arbeiten im Gebäude		
1.1.1. Grundbetrag mit Mauerdurchbruch (pro Stück):		
bis da 40 = DN 32	384,76 €	411,69 €
da 50 = DN 40	390,54 €	417,88 €
da 63 = DN 50	426,32 €	456,16 €
1.1.1.1. Abschlag Mauerdurchbruch (pro Stück):		
alle Dimensionen	209,17 €	223,81 €
1.1.1.2. Abschlag Wanddurchführung (pro Stück):		
bis da 50 = DN 40	30,97 €	33,14 €
da 63 = DN 50	56,13 €	60,06 €
1.1.1.3. Abschlag Verschließen Durchbruch (pro Stück):		
alle Dimensionen	76,23 €	81,57 €
1.1.2. Rohrverlegung im Gebäude (pro Meter):		
bis da 40 = DN 32	30,57 €	32,71 €
da 50 = DN 40	37,47 €	40,09 €
da 63 = DN 50	40,49 €	43,32 €
1.1.3. Tiefbau im Kellerfußboden (pro Meter):		
alle Dimensionen	82,04 €	87,78 €
1.2. Arbeiten außerhalb des Gebäudes		
1.2.1. Grundbetrag für Anbindung an Versorgungsleitung ohne Kopfloch (pro Stück):		
bis da 40 = DN 32	581,80 €	622,53 €
da 50 = DN 40	585,84 €	626,85 €
da 63 = DN 50	587,22 €	628,33 €
1.2.1.1. Abschlag für Straßensperrung (pro Stück):		
alle Dimensionen	156,24 €	167,18 €
1.2.2. Verlegung HD-PE-Rohr incl. Einsanden (pro Meter):		
bis da 40 = DN 32	27,67 €	29,61 €
da 50 = DN 40	28,37 €	30,36 €
da 63 = DN 50	29,44 €	31,50 €
1.2.3. Verlegung HD-PE-Rohr ohne Einsanden (pro Meter):		
bis da 40 = DN 32	5,85 €	6,26 €
da 50 = DN 40	6,55 €	7,01 €
da 63 = DN 50	7,62 €	8,15 €
1.2.4. Einsanden (pro Meter):		
alle Dimensionen	21,82 €	23,35 €

2. Auswechslung der Hausanschlussleitung

Preise wie unter 1.1., abweichend nur bei Arbeiten im Gebäude - Grundbetrag

		Netto	Brutto (incl. 7% MwSt.)
2.1. Arbeiten im Gebäude			
2.1.1. Grundbetrag für Auswechslung Hausanschlussleitung (pro Stück):			
bis da 40 =	DN 32	398,17 €	426,04 €
da 50 =	DN 40	403,95 €	432,23 €
da 63 =	DN 50	439,73 €	470,51 €

3. Tiefbaupreise

		Netto	Brutto (incl. 7% MwSt.)
3.1. Tiefbau, Oberfläche Bitumen (pro Stück):			
3.1.1. Kopfloch zur Anbindung an Versorgungsleitung			
		537,97 €	575,63 €
3.1.2. Kopfloch zur Abtrennung			
		585,04 €	625,99 €
3.1.3. Kopfloch zur Durchörterung (Startgrube)			
		662,98 €	709,39 €
3.1.3.a Zielgrube bei Durchörterung (Zwischengrube)			
		321,51 €	344,02 €
3.1.3.b Zielgrube bei Durchörterung			
		439,73 €	470,51 €
3.1.4. Rohrgraben Bagger (pro Meter)			
		215,16 €	230,22 €
3.2. Tiefbau, Oberfläche Pflaster (pro Stück):			
3.2.1. Kopfloch zur Anbindung an Versorgungsleitung			
		422,33 €	451,89 €
3.2.2. Kopfloch zur Abtrennung			
		444,45 €	475,56 €
3.2.3. Kopfloch zur Durchörterung (Startgrube)			
		522,39 €	558,96 €
3.2.3.a Zielgrube bei Durchörterung (Zwischengrube)			
		228,86 €	244,88 €
3.2.3.b Zielgrube bei Durchörterung			
		321,68 €	344,20 €
3.2.4. Rohrgraben Bagger (pro Meter)			
		167,89 €	179,64 €
3.3. Tiefbau, unbefestigte Oberfläche (pro Stück):			
3.3.1. Kopfloch zur Anbindung an Versorgungsleitung			
		329,13 €	352,17 €
3.3.2. Kopfloch zur Abtrennung			
		320,50 €	342,94 €
3.3.3. Kopfloch zur Durchörterung (Startgrube)			
		398,44 €	426,33 €
3.3.3.a Zielgrube bei Durchörterung (Zwischengrube)			
		168,35 €	180,13 €
3.3.3.b Zielgrube bei Durchörterung			
		227,38 €	243,30 €
3.3.4. Rohrgraben Bagger (pro Meter)			
		126,76 €	135,63 €
3.4. Durchörterung			
Start- und Zielgrube gemäß 3.1. bis 3.3. zuzüglich Preis pro Meter bei Durchmesser 80 - 110 mm		118,54 €	126,84 €
3.5. Straßensperrung (pro Stück)			
		156,24 €	167,18 €

4. Arbeiten an der Kundenanlage/ sonstige Reparaturen:	Netto	Brutto (incl. 7% MwSt)
4.1. Stundenpreis		
Berechnung des jeweils gültigen Materialpreises in Verbindung mit: Stundensatz gewerbliche Arbeitnehmer	47,90 €	51,25 €
4.2. Prüfung der Messeinrichtung zu Lasten des Kunden: (Antrag des Kunden, Ergebnis: Zähler in Ordnung)		
Hauswasserzähler bis Q ₃ 16 m ³ /h	114,40 €	122,41 €
Die Prüfung von Wasserzählern größer Q ₃ 16 m ³ /h und Verbundwasserzählern werden nach tatsächlichem Aufwand berechnet.		
4.3. Anfahrtspauschale Kleintransporter bis 3,5 t (mit 1 Arbeitskraft):		
bis 10 km Entfernung	17,00 €	18,19 €
bis 20 km Entfernung	35,00 €	37,45 €
größer 20 km Entfernung	46,00 €	49,22 €
4.4. Anfahrtspauschale Kleintransporter bis 3,5 t (mit 2 Arbeitskräften):		
bis 10 km Entfernung	30,00 €	32,10 €
bis 20 km Entfernung	59,00 €	63,13 €
größer 20 km Entfernung	79,00 €	84,53 €
4.5. Sperrung bzw. Wiederinbetriebnahme der Wasserversorgung		
je Einsatz	70,00 €	74,90 €
5. Vermietung eines Standrohrzählers		
	Netto	Brutto (incl. 7% MwSt)
Sicherheitsbetrag:	250,00 €	entfällt
Miete für jeden angefangenen Monat:	10,00 €	10,70 €
Wasserverbrauch: je m ³	1,76 €	1,88 €
6. Kilometersätze An- und Abfahrt - Fahrzeugnutzung		
	Netto	Brutto (incl. 7% MwSt)
6.1. An- und Abfahrt (Fahrzeug mit Arbeitskraft)		
Einsatz LKW/Wasserwagen über 7,5 t bzw.	2,24 €/km 134,65 €/h	2,40 €/km 144,07 €/h
6.2. Nutzung Wasserfässer		
Nutzung Wasserfässer bis 900 l	1,30 €/h	1,39 €/h
Nutzung Wasserfässer bis 1.500 l	1,80 €/h	1,93 €/h
Nutzung Wasserfässer bis 3.000 l	4,35 €/h	4,65 €/h

7. Baukostenzuschüsse Trinkwasser

Der Anschlussnehmer ist bei Anschluss an das Leitungsnetz verpflichtet, dem ZWAV einen Zuschuss zu den Kosten der Verteilungsanlagen zu erstatten. Bei Erschließung von separaten Versorgungsgebieten kann dieser Zuschuss nach den angefallenen Ist-Kosten ermittelt werden.

Berechnung je laufenden Meter Straßenfront des anzuschließenden Grundstücks bei Dimension der Versorgungsleitung:

	Netto	Brutto (incl. 7% MwSt)
bis einschließlich DN 100	78,94 €/lfd. m	84,46 €/lfd. m
größer DN 100 bis einschließlich DN 200	108,84 €/lfd. m	116,45 €/lfd. m
größer DN 200	174,93 €/lfd. m	187,17 €/lfd. m

Anmerkung: Die Beträge verstehen sich als Baukostenzuschuss bei Hausanschlussleitungen der Dimension bis einschließlich DN 40. Sie erhöhen sich in dem Verhältnis der tatsächlichen Dimension der Hausanschlussleitung zu DN 40.

8. Kosten

	Netto	Brutto (incl. 7% MwSt incl. 19% MwSt)
Bearbeitungsgebühr bei sonstiger Rechnungslegung (z. B. Verkäufe, Weiterberechnungen, Vermietung)	25,00 €	26,75 € 29,75 €
Mahnung bei Zahlungsverzug	2,50 €	entfällt

Inkrafttreten

Die Änderungen gemäß Artikel 1 treten am 01.01.2019 in Kraft.

Plauen, 19.11.2018

Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland



Ralf Oberdorfer
Verbandsvorsitzender

IHRE NOTIZEN:

SO ERREICHEN SIE UNS: post@zwav.de • www.zwav.de

Kompetent in allen Belangen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind folgende Fachabteilungen montags, mittwochs, donnerstags von 7:00 bis 16:00 Uhr, dienstags von 7:00 bis 18:00 Uhr und freitags von 7:00 bis 12:00 Uhr erreichbar.

TRINKWASSER:		03741 402-605
Abteilungsleitung	oder	03741 402-600
Meisterbereiche Trinkwasser:		
Plauen Stadt		03741 402-610
Plauen Land		03741 402-650
Reichenbach		03765 13143
Auerbach		03744 212687
Adorf		037423 2038

ABWASSER:		03741 402-505
Abteilungsleitung	oder	03741 402-500
Meisterbereiche Abwasser:		
Plauen		03741 402-525
Rodewisch		03744 35170
Oelsnitz		037421 5570

Kaufmännische Abteilung:		03741 402-300
	oder	03741 402-305
Absatz		03741 402-370
Abteilung Technik:		03741 402-200

Kundencenter:		03741 402-112
Montag, Mittwoch	von 7:00 bis 16:00 Uhr	
Dienstag, Donnerstag	von 7:00 bis 18:00 Uhr	
Freitag	von 7:00 bis 14:00 Uhr	
Öffentlichkeitsarbeit:		03741 402-120

